



Mehr als 250 Menschen widersetzten sich bei einer Protestaktion in Frankfurt dem Mietenwahnsinn. Fotos: Anja Peschke (DGB)

Vergesellschaftung als letztes Mittel gegen Verdrängung

Beim Mietenwahnsinn ist kein Ende in Sicht - im ersten Halbjahr 2019 sind die Mieten in Frankfurt erneut kräftig gestiegen. Nur in München sind sie nach aktuellen Statistiken noch teurer. Bei der Wohnraumversorgung ist Hessen laut einer Studie des Pestel-Instituts Schlusslicht unter den Flächenländern in Deutschland: Bis zum Jahr 2035 werden 400.000 zusätzliche Wohnungen gebraucht, fast ausschließlich im unteren und mittleren Preissegment.

„Die Situation auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich immer mehr zu und der Koalitionsvertrag lässt leider auch nicht hoffen, dass die Landesregierung genug gegensteuert“, sagt Lars Lauer, der beim PARITÄTISCHEN Hessen als Referent für das Schwerpunktthema Wohnen zuständig ist. Das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen bleibt daher weiter aktiv. So prangerte es bei

einer Protestaktion an der Frankfurter Hauptwache im April 2019 unter anderem an, dass viele Menschen inzwischen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen. Zum Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen, das der PARITÄTISCHE Hessen 2018 angestoßen hat, gehören inzwischen mehr als mehr als 40 Mieter*innenvereine und -initiativen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Studierendenvertretungen und andere Gruppen, die für ein solidarisches Miteinander einstehen.

Derzeit wird im Bündnis über die Forderungen nach einem sofortigen hessenweiten Mietendeckel diskutiert, außerdem über das Thema Vergesellschaftung von Wohnraum.

Angesichts der teils prekären Lagen auf den Wohnungsmärkten hat sich

der Verbandsrat des PARITÄTISCHEN Gesamtverbands bereits im Frühjahr in der kontroversen Debatte zur Vergesellschaftung positioniert. Die gleiche Haltung findet sich nun auch im aktualisierten Forderungspapier des Bündnisses #Mietenwahnsinn-Hessen. Dort heißt es: „Um Verdrängung entgegenzuwirken, ist die Vergesellschaftung von Grund, Boden und renditeorientierte Wohnungskonzerne gemäß Artikel 15 GG als letztes Mittel zu nutzen. Das Instrument der Vergesellschaftung soll lediglich für solche Wohnungseigentümer*innen und Wohnungsunternehmen genutzt werden, die mit Wohnraum spekulieren, horrende Mietpreissteigerungen durchsetzen, Wohnraum verwahrlosen lassen oder nicht ausreichend instand setzen und darüber hinaus einen Wohnungsbestand von über 3.000 Wohneinheiten aufweisen. Nicht ge-

meint sind damit ausdrücklich private und verantwortlich agierende Wohnungsvermieter*innen und -eigentümer*innen.“

Vorgestellt wird das aktualisierte Forderungspapier des Bündnisses #Mietenwahnsinn-Hessen bei der Konferenz „Kommunen und Wohnen“, zu der Attac und das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen für den 20. und 21. September 2019 nach Frankfurt einladen. Die Tagung bietet einen Austausch für Engagierte in der kommunalen Arbeit (Stadt- und Gemeinderäte, Verwaltungen, kommunale Wohnungsbaugesellschaften), sowie für wohnungspolitische und Stadtteilinitiativen und interessierte Bürger*innen.

Am zweiten Tag des Treffens steht die noch stärkere Vernetzung zwischen allen Aktiven und Initiativen in Hessen auf dem Programm, die sich in Stadtentwicklung einmischen und für bezahlbaren Wohnraum streiten. Anhand lokaler Beispiele sollen konkrete Handlungsperspektiven entwickelt werden, die zeigen, wie eine andere Wohnungspolitik vor Ort und hessenweit umgesetzt werden kann.

Die drastischen Folgen des Mietenwahnsinns für soziale Einrichtungen sind das zentrale Thema bei einem Fachtag, den der PARITÄTISCHE Hessen für den 23. Oktober 2019 in Frankfurt unter dem Titel „Soziale Träger als Partner der Wohnungswirtschaft“ plant. Denn die Arbeit vieler sozialer Einrichtungen, die zum PARITÄTISCHEN Hessen gehören, wird durch die akute Wohnungsnot massiv beeinträchtigt. Plätze in Frauenhäusern, Betreutem Wohnen und anderen Unterkünften bleiben belegt, weil Klient*innen zwar ausziehen könnten und möchten, aber keinen eigenen Wohnraum finden oder erhalten. Somit werden Plätze blockiert und stehen dem Hilfesystem nicht zur Verfügung, sodass soziale Einrichtungen Menschen mit Unterstützungsbedarf abweisen müssen.

Auch ambulante Hilfen können ihre Angebote nicht in ausreichendem

Maße zur Verfügung stellen, weil sie keine preisgünstigen Wohnungen für ihre Klient*innen akquirieren können. Bei diesem Fachtag sollen Möglichkeiten für eine fruchtbare Zusammenarbeit von sozialen Trägern mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, Maklern und privater Wohnungswirtschaft diskutiert werden, um Abhilfe zu schaffen.

Bei der Wohnraumversorgung von benachteiligten Gruppen neue Ansätze zu erproben ist unabdingbar. Denn bei den Sozialwohnungen ist die Lücke in Hessen besonders groß. Ihre Zahl hat sich in den letzten 25 Jahren auf nur noch rund 85.000 mehr als halbiert, denn immer mehr Sozialbindungen

den gesellschaftlichen Zusammenhalt akut“, betont Lars Lauer. Dabei ist das Problem nicht nur in Frankfurt, Hessen und Deutschland virulent, sondern europaweit. Der PARITÄTISCHE Hessen unterstützt deshalb auch die Europäische Bürgerinitiative „Housing for all“, deren Anliegen es ist, dass bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Wohnen für alle Menschen in Europa zu ermöglichen. Denn eine Kehrtwende ist auf allen politischen Ebenen überfällig: Die Interessen der Mieter*innen müssen im Mittelpunkt stehen und nicht länger die der Immobilienwirtschaft. Wohnungspolitik muss endlich als Sozialpolitik verstanden werden.



laufen aus, ohne dass dafür Ersatz geschaffen wird. Über 50.000 Menschen mit Anspruch suchen derzeit in Hessen eine Sozialwohnung. Die Zahl der wohnungslosen Menschen steigt. Rassismus und Diskriminierung erschweren zusätzlich die Wohnungssuche. Deshalb fordert das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen unter anderem, dass neue kommunale gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften gegründet werden, um mehr Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment zu schaffen. „Wohnraumangel und Mietpreise gehören zu den drängendsten sozialen Fragen und bedrohen

Tagungen und Informationen

- Kommunen und Wohnen Konferenz am 20. und 21. September 2019 in Frankfurt www.kommunenkonferenz.de
- Soziale Träger als Partner der Wohnungswirtschaft PARITÄTISCHER Fachtag am 23. Oktober 2019, Frankfurt, SAALBAU Titus Forum. Näheres demnächst auf www.paritaet-hessen.org/wohnen
- Housing for all Europäische Bürgerinitiative für bezahlbares Wohnen www.housingforall.eu

Die Zivilgesellschaft stärken

Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege werden zunehmend von rechtsextremen Akteuren angefeindet. Mitgliedsorganisationen dagegen zu wappnen, zu stärken, zu vernetzen und fortzubilden, ist Anliegen des Projekts „Beratung gegen Rechts“ des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes. Der PARITÄTISCHE Hessen hat jetzt ein begleitendes Projekt gestartet.

Demokratiebewusste und menschenrechtsbasierte Aktivitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen, Teile der Zivilgesellschaft und der Kultur geraten unter Druck - diese Bilanz zieht eine wissenschaftliche Studie von Benno Hafener und Hannah Jestädt ein halbes Jahr nach dem Einzug der AfD in den hessischen Landtag. In rund einem Viertel der AfD-Anfragen geht es demnach um die Themen Migration, Asyl und Ausländer.

Auch die Freie Wohlfahrtspflege gehört zu den Feindbildern der AfD, schon in ihrem Programm zur Landtagswahl heißt es: „Mit keiner Lobby ist die Politik so eng verbunden wie mit der Wohlfahrtsindustrie. Dadurch wächst die Gefahr, dass aus einer organisierten Hilfe für Menschen in Not eine soziale Hängematte für Betroffene und eine lukrative Einkommensquelle für findige Sozialunternehmer und ihre Mitarbeiter wird.“

Zivilgesellschaftliche Organisationen in der Sozialen Arbeit sind gezielten Versuchen der öffentlichen Diskreditierung und Einschüchterung durch rechtsextreme Akteur*innen ausgesetzt.

Das zeigt auch eine Befragung des PARITÄTISCHEN diesem Jahr. Von den 25 Mitgliedsorganisationen des Landesverbands Hessen, die den Fragebogen ausgefüllt haben, berichten neun von physischen Angriffen und/oder Sachbeschädigungen. Die Ergebnisse der Befragung sind zwar nicht repräsentativ, zeigen aber deutlich, dass Mitarbeitende der Mitgliedsorganisationen im beruflichen Alltag sowohl von innerhalb als auch von außerhalb der Einrichtungen



mit menschen- und demokratiefeindlichen, rassistischen und antisemitischen Äußerungen und Positionen konfrontiert werden und vor der Herausforderung stehen, darauf adäquat zu reagieren. Auch Hassmails und Hetze in Sozialen Netzwerken nehmen zu.

Vernetzung und Fortbildungen

Um die Mitgliedsorganisationen zur eigenen Stärkung zu vernetzen, präventiv tätig zu werden und Betroffenen die nötige Unterstützung zukommen lassen, hat der PARITÄTISCHE Gesamtverband das Projekt „Schutz wohlfahrtspflegerischer Einrichtungen gegen politische Anfeindung und Drangsalierung“ (kurz: Projekt „Beratung gegen Rechts“) gestartet. Beim PARITÄTISCHEN Hessen gibt es jetzt ein begleitendes Projekt und eine Ansprechperson zu dem Thema.

Zunächst ist es Ziel des Projekts, die Unterstützungsbedarfe der Mitgliedsorganisationen zu identifizieren. Ihre Anfragen werden beantwortet oder über Verweisstrukturen an Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus weitergeleitet. Auf der Internetseite des Projekts finden sich die Adressen von ausgewählten Bera-

tungsstellen gegen Rechtsextremismus und für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, eine Sammlung von Handreichungen, Arbeitshilfen und Studien und eine Argumentationshilfen, um auf gängige Vorurteile im Kontext Sozialer Arbeit zu reagieren. Im Rahmen des Projekts werden auch Veranstaltungen und Fortbildungen angeboten.



Gefördert durch die

GlücksSpirale

Kontakt und weitere Informationen

www.vielfalt-ohne-alternative.de

- Ansprechperson
beim PARITÄTISCHEN Gesamtverband:
Christian Weßling
Tel.: 030 24636-347
bgr@paritaet.org
- Ansprechperson
beim PARITÄTISCHEN Hessen:
Barbara Helfrich
Tel.: 069 95 52 62-43
barbara.helfrich@paritaet-hessen.org

FSJ und BFD beim PARITÄTISCHEN Hessen

Du möchtest völlig neue Seiten an Dir entdecken, deine eigenen Fähigkeiten und Grenzen kennenlernen und die Wartezeit auf einen Ausbildungs- oder Studienplatz sinnvoll überbrücken?

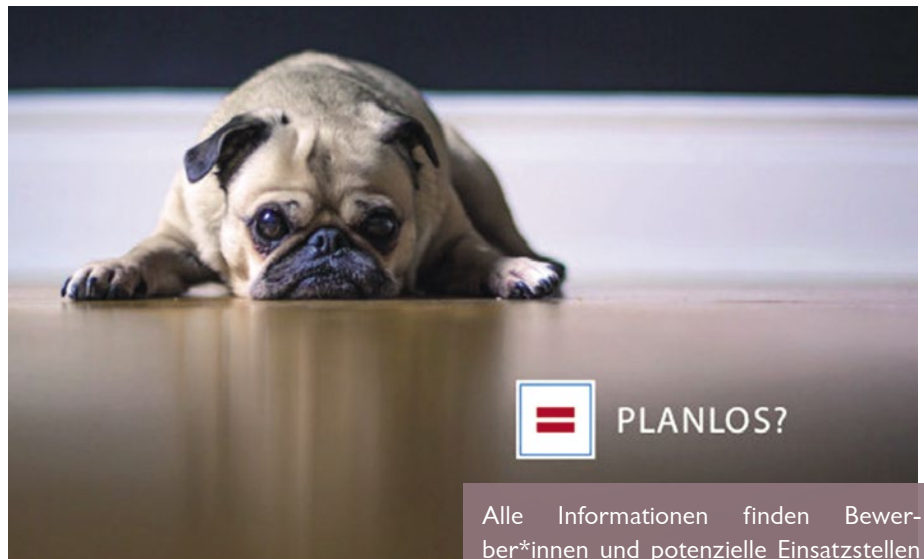
Dann ist ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder ein Bundesfreiwilligendienst (BFD) beim PARITÄTISCHEN Hessen genau das Richtige. Du kannst in einer von vielen sozialen Einrichtungen mitarbeiten, zum Beispiel in Kindertagesstätten, Senior*innenheimen, Krankenhäusern und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder in der Unterstützung von Geflüchteten.

Der Einstieg in einen Freiwilligendienst ist zu jeder Zeit im Jahr möglich. Das FSJ ist jungen Leuten unter 27 Jahren vorbehalten. Im BFD dagegen gibt es keine Altersbegrenzung nach oben, und neben sozialen Tätigkeiten werden im BFD auch gärtnerische, landwirtschaftliche oder handwerkliche Aufgaben angeboten.

Dein Freiwilligendienst beim PARITÄTISCHEN Hessen dauert in der Regel zwölf Monate, aber auch individuelle Laufzeiten zwischen sechs und 18 Monaten vereinbaren wir gerne. Neben dem monatlichen Taschengeld gehören zu den Leistungen im Freiwilligendienst regelmäßige Bildungstage mit kreativen, kulturellen, politischen und sportlichen Angeboten.

Für viele Berufsausbildungen oder Universitäten wird das FSJ übrigens als Praktikum anerkannt, und es kann auch deine Chance auf einen Studienplatz erhöhen. Denn das FSJ wird als Wartezeit und in einigen Fällen sogar auf den Numerus Clausus angerechnet.

Zudem möchten wir die Vielfalt der Mitgliedsorganisationen beim PARITÄTISCHEN nutzen, um interessierten jungen Menschen ein attraktives Angebot an Einsatzstellen für ihren Freiwilligendienst zu bieten. Deshalb



PLANLOS?

Alle Informationen finden Bewerber*innen und potenzielle Einsatzstellen unter www.paritaet-fwd.org.

Fragen beantworten die Mitarbeitenden in den Servicestellen der Freiwilligendienste des PARITÄTISCHEN Hessen unter Tel.: 069 219 76879-0.

suchen die Freiwilligendienste des PARITÄTISCHEN Hessen laufend weitere soziale Organisationen, die zusätzliche Stellen im FSJ und im BFD schaffen möchten.

Hessischer Elisabeth-Preis für SOZIALES 2019 verliehen

Sieben Projekte, die Armut bei Kindern und Jugendlichen mindern, sind mit dem Hessischen Elisabeth-Preis für SOZIALES 2019 geehrt worden. Die mit insgesamt 30.000 Euro dotierte Auszeichnung vergibt die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen in Kooperation mit der Hessischen Landesregierung und LOTTO Hessen.

„Orte, an denen alle Kinder willkommen sind, unabhängig von ihrer Herkunft und Familiengeschichte, brauchen wir mehr denn je“, sagte Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen, in ihrer Laudatio auf die Kinderfarm Jimbala. Die Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen mit Sitz in Friedberg kam unter 50 Projektbewerbungen auf den dritten Platz.

Auch der erste Preis ging an eine Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen, die Freestyle gGmbH aus Kassel. Sie ermöglicht es Jugendlichen im strukturschwachen Stadtteil Wesertor,

Fußball, Basketball und Tischtennis zu spielen oder neue Trendsportarten auszuprobieren. Auch Zirkusprojekte, Theaterworkshops oder Ausflüge sowie Hilfe bei Behördengängen oder Konflikten gehören zum Angebot.

Den zweiten Platz belegte die Flüchtlingshilfe Mittelhessen e. V. mit ihrem Kulturbus NINO, der mehrmals in der Woche zu Flüchtlingsunterkünften in ländlichen Gebieten der Wetterau und im Lahn-Dill Kreis fährt und dort die Kinder besucht. Ein mehrsprachiger Pantomime und Lesepaten verbringen mit ihnen Zeit beim Spielen, Lesen und Theater spielen.

Weitere Preisträger des diesjährigen Hessischen Elisabeth-Preises für SOZIALES sind der Internationale Verein Windrose aus Oberursel, die Jugendwerkstätten Odenwald, das Diakonisches Werk Werra-Meißner und der Trägerverein des Frankfurter Jugendrings.

Weitere Infos:
www.hessischer-elisabethpreis.de